

INHALT

1. Regierungsfractionen lehnen reduzierte Kreditermächtigungen ab
2. CDU fordert bessere Kontrolle der EU-Außengrenzen
3. Regierungsfractionen setzen CDU-Forderungen in der Verbraucherberatung um
4. CDU wirft Landesregierung Untätigkeit in der Industriepolitik vor
5. CDU-Fraktion fordert erneut LNG-Standort in Brunsbüttel
6. CDU setzt Stärkung der Grenzdokumentations-Stätte Lübeck-Schlutup durch
7. Integrationspolitische Sprecher fordern eine Leitkultur der Grundwerte
8. CDU-Fraktion wünscht frohe Weihnachten und ein gutes neues Jahr

18.12.2015

Regierungsfractionen lehnen reduzierte Kreditermächtigungen ab Landtag entscheidet über Zukunft der HSH Nordbank

Es war ein Schicksalstag für Schleswig-Holstein: Am heutigen Freitag hat der Landtag in Zweiter Lesung über zwei Staatsverträge zwischen den Ländern Schleswig-Holstein und Hamburg abgestimmt. Mit den Stimmen der Regierungsfractionen hat der Landtag seine Zustimmung zur Gründung einer Anstalt Öffentlichen Rechts, die der HSH Nordbank faule Kredite in Höhe von bis zu 6,2 Milliarden Euro zum Marktwert abkaufen wird gegeben. Eine weitere Anstalt soll mit Kreditermächtigungen in Höhe von zehn Milliarden Euro ausgestattet werden.

Die CDU-Fraktion hatte von Anfang an deutlich gemacht, dass sie keinen Blankoscheck ausstellen werde. Bis zum Schluss hatte sich die Union dafür eingesetzt, dass die Kreditermächtigungen für den Kauf der maroden Schiffskredite und für die Inanspruchnahme der Garantie von geplanten 16,2 Milliarden auf rund 10 Milliarden herabgesetzt werden.

„Niemand kann von uns erwarten, dass wir einen derartigen Blankoscheck für die Einrichtung eines Schattenhaushaltes ausstellen, der nur dazu dienen sollte, die Wahrheit über die Verluste bis zum Jahr 2030 außerhalb des Landeshaushaltes zu verstecken“, erklärte CDU-Finanzexperte Tobias Koch in seiner Rede das „Nein“ der CDU-Fraktion zu den Staatsverträgen.

Per Umdruck hatte die Landesregierung zuvor mitgeteilt, dass die Kreditermächtigungen deshalb so hoch bemessen seien, damit sich die Milliardenverlusten bei der HSH Nordbank erst ab dem Jahr 2030 auf den Landeshaushalt auswirken. So sollen alle bis dahin anfallenden

Bearbeitungskosten, Zinsaufwendungen und Abwicklungsverluste im Rahmen der jetzt gegebenen Kreditermächtigungen von den beiden Anstalten des öffentlichen Rechts getragen werden. Erst dann sollen sie in den Landeshaushalt übernommen werden.

Koch kritisierte in seiner Rede, dass die Landesregierung die Vorschläge der Opposition ohne Grund vom Tisch gewischt habe. Die Behauptung der Finanzministerin, der CDU Antrag hätte die sofortige Abwicklung der HSH zur Folge, sei blanker Unsinn. Die Frage der Kreditermächtigungen sei zudem kein Bestandteil der Vereinbarung mit der EU-Kommission gewesen. Wie die Länder die Übernahme der maroden Altlasten in Höhe von 6,2 Milliarden Euro finanzieren, sei von der EU-Kommission in keiner Weise vorgegeben worden.

Koch bedauerte die Weigerung der Regierungsfractionen, dem entsprechenden CDU-Änderungsantrag zuzustimmen. Die CDU-Fraktion habe sich um die Entscheidung, die dieses Mal sogar noch schwerer sei, als jene im Jahr 2009, nicht herumgedrückt und beispielsweise auf die fehlenden Gutachten über den Marktwert der zu übernehmenden Altlasten verwiesen. Stattdessen habe sie gemeinsam mit der CDU-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft einen Weg gesucht, der die Risiken so weit wie möglich begrenzt und unter diesen Voraussetzungen eine Zustimmung auch der Opposition zum Staatsvertrag ermöglicht.



CDU-Finanzexperte Tobias Koch

CDU fordert bessere Kontrolle der EU-Außengrenzen **Debatte über Grenzkontrollen in Dänemark und Schweden**

Heute diskutierte der Landtag über jüngste Beschlüsse in Dänemark und Schweden, zu Grenzkontrollen zurückzukehren. Ein Antrag der Regierungsfractionen lehnt dabei zusätzliche Grenzkontrollen innerhalb des Schengen-Raums ab. Weiter treten SPD, Grüne und SSW „für eine solidarische und humanitäre Aufnahme von Flüchtlingen in Europa ein und fordern alle Staaten auf, anstelle von nationalen Lösungen eine gemeinsame europäische Lösungen zu erarbeiten.“ Welche Lösungen das sein sollten, sagten die Regierungsfractionen nicht.

Die CDU-Fraktion legte einen Änderungsantrag vor, der bessere Kontrollen der EU-Außengrenzen fordert. CDU-Rednerin Astrid Damerow nannte die Entwicklungen in Dänemark und Schweden bedauerlich. „Die Situation wird zu neuen Belastungen für Privatpersonen und Unternehmen führen“, sagte sie.

Ursache aller Maßnahmen sei allerdings der seit Jahren von den EU-Mitgliedsstaaten sträflich vernachlässigte Schutz der EU-Außengrenzen. Zwischen Januar und November 2015 hätten nach Schätzungen mehr als 1,5 Millionen Menschen die Grenzen nach Europa illegal

überschritten. Diese fast völlig unkontrollierte Einreise in den Schengen-Raum stelle gerade seine große Errungenschaft – die Freizügigkeit ohne Grenzkontrollen - in Frage. Es gehe deshalb darum, diesen Schutz wieder herzustellen.

„Die Vorschläge der EU-Kommission zum Aufbau einer europäischen Grenzpolizei in Form einer „Europäischen Grenzschutz- und Küstenwacht-Agentur“ hält die CDU für dringend geboten. Eine Umsetzung scheint nach dem gestrigen Europagipfel der Regierungschefs realistisch. Ziel aller Maßnahmen der EU muss eine dauerhafte, faire und gerechte Regelung zur Verteilung der Flüchtlinge auf die Mitgliedsstaaten sein,“ so Damerow.

Antrag der Regierungsfractionen:

<https://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/3600/drucksache-18-3683.pdf>

Antrag der CDU:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/3600/drucksache-18-3692.pdf>



europapolitische Sprecherin, Astrid Damerow

Regierungsfractionen setzen CDU-Forderungen in der Verbraucherberatung um Union fordert weitere Verbesserungen insbesondere im digitalen Bereich

Im letzten Tagesordnungspunkt der heutigen Debatte ging es um die Absicherung der unabhängigen Verbraucherberatung. Hierzu stellten die Regierungsfractionen einen Antrag, der die Unterstützung des Landtags für die Zielvereinbarung zwischen Regierung und Verbraucherzentrale zum Ausdruck bringt. In dieser Vereinbarung sind neben den Kernaufgaben der Verbraucherarbeit auch die Landeszuschüsse bis 2020 festgehalten.

Die CDU-Landtagsfraction hatte bereits im vergangenen Jahr die Regierung aufgefordert, das 2012 vom damals zuständigen Staatssekretär Müller-Beck angekündigte Strategiepapier für die Verbraucherzentrale vorzulegen.

„Ich freue mich, dass drei Jahre nach der ersten Ankündigung eines Strategiepapiers nunmehr Bewegung in die Frage um den Erhalt und Stärkung der Verbraucherzentrale gekommen ist. Endlich reagiert die Landesregierung auf etwas, das wir schon im vergangenen Jahr gefordert hatten: Eine verlässliche und projektunabhängigere Finanzierung“, sagte der verbraucherschutzpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraction, Karsten Jasper.

In den Haushaltsanträgen der CDU-Fraction war eine Aufstockung der Mittel um 100.000 Euro bereits beantragt worden. Prinzipiell befürworte die Union also die nun getroffene Vereinbarung. Die Verbraucherzentrale müsse aber im digitalen Bereich noch attraktiver

werden und die neuen Medien vor allem bei Beratungsleistungen besser nutzen.

„Mit der jetzt getroffenen Vereinbarung ist zum Glück endlich eine Grundlage geschaffen. Aber die kommende Zeit muss dennoch sorgfältig genutzt werden, um eine funktionierende und vor allem modern aufgestellte Verbraucherberatung für die Zukunft zu erhalten“, so Jasper abschließend.



Karsten Jasper, verbraucherschutzpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion

CDU wirft Landesregierung Untätigkeit in der Industriepolitik vor **Leitbild der Landesregierung fehlt die Konkretisierung in entscheidenden Punkten**



Johannes Callsen, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion

Heute wurde über einen 18 Monate alten Antrag der FDP-Fraktion zum Thema Industriepolitik debattiert. Bis zu dieser Tagung hatten SPD, Grüne und SSW eine Beschlussfassung über den Antrag hinaus gezögert. Hintergrund: Erst Ende des vergangenen Monats war in Büdelsdorf das „Bündnis für Industrie“ der Landesregierung vorgestellt worden. Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Johannes Callsen, nannte die Industriepolitik der Landesregierung ein Armutszeugnis.

„18 Monate Untätigkeit der Landesregierung sagen alles“, so Callsen. Denn hinter den im Rahmen des Bündnisses als Leitbild für den Industriestandort Schleswig-Holstein zusammengefassten wichtigen Punkten verberge sich nichts konkretes.

Der Union fehle es im Bündnis-Papier zum Beispiel an expliziten Aussagen zum Weiterbau der A20, zur Fehmarnbelt-Querung oder zum Breitbandausbau. Einige Infrastrukturprojekte würden nicht einmal erwähnt. Schleswig-Holstein drohe die Chance, bei den globalen Megatrends eine Vorreiterrolle zu spielen, zu verpassen. „Wenn Minderheiten immer wieder wesentliche Infrastrukturprojekte blockieren, kann man nicht als Vorreiter fungieren“, so Callsen.

CDU-Fraktion fordert erneut LNG-Standort in Brunsbüttel **Magnussen: Strategische Vorteile müssen genutzt werden**



Jens Magnussen

Ein Nachtrag von gestern. Vor einem halben Jahr hatte die CDU-Fraktion das Potential von „Liquified Natural Gas“ (LNG) – also verflüssigtem Erdgas – für den Industriestandort Brunsbüttel auf die Tagesordnung des Landtags gebracht. In dieser Tagung ging es erneut um LNG – die Regierungsfractionen setzten mit ihrem Antrag allerdings den Schwerpunkt in Richtung Eindämmung von Schadstoffen im Schiffsverkehr.

CDU-Redner Jens-Christian Magnussen warnte in der Debatte davor, die Potentiale nicht zu nutzen. „Es ist meiner Ansicht nach für den Industriestaat Deutschland wirtschafts- und industriepolitisch grob fahrlässig, auf diese Importmöglichkeiten zu verzichten. Diese Botschaft muss immer wieder nach Berlin ins Bundeswirtschaftsministerium getragen werden“, so Magnussen.

Die jüngst vorgestellte Fraunhofer CML-Studie weise Potentiale des strategischen Standortes Brunsbüttel aus und spiegele den Hinweis auf vertane Möglichkeiten zur Entwicklung einer strategischen Gasversorgung wieder, wenn nicht zügig gehandelt werde.

Der CDU-Abgeordnete forderte ein LNG-Terminal für Brunsbüttel. „Die strategischen Vorteile eines LNG Terminals an der Unterelbe sind die Versorgung der Häfen Hamburg, Cuxhaven, Bremerhaven, die Versorgung des Industriegebietes Brunsbüttel, die nationale Verteilung an LNG Nutzer und die Unabhängigkeit von Pipeline-Gas aus der Ukraine“, so Magnussen.

Der Standort stehe allerdings im internationalen Wettbewerb und es müssten vorausschauende Entscheidungen getroffen werden. „Bei Offshore ist der Zug bereits an uns vorbeigefahren, beim LNG noch nicht. Diese neue Chance dürfen wir nicht wieder verschlafen. Ich fordere die Landesregierung auf, sich vorbehaltlos und nachhaltig für den Standort Brunsbüttel als LNG-Standort auszusprechen. Hamburg als NEW 4.0-Partner kann zeigen wie

stark es als Mitstreiter an der Seite Schleswig-Holsteins ist!“, sagte der CDU-Abgeordnete.

Link zum CDU-Antrag:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/2900/drucksache-18-2904.pdf>

Link zum Antrag der Regierungsfractionen:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/3500/drucksache-18-3534.pdf>

CDU setzt Stärkung der Grenzdokumentations-Stätte Lübeck-Schlutup durch Landtag stimmt einstimmig für CDU-Antrag

Einstimmig folgte der Landtag in dieser Woche dem Antrag von CDU und Piraten, das Bewusstsein für die Deutsche Einheit zu stärken. Die Landesregierung ist nun aufgefordert, in Zusammenarbeit mit dem Landesbeauftragten für politische Bildung ein Konzept vorzulegen, wie die Grenzdokumentations-Stätte Lübeck-Schlutup als Symbolstätte für die Kraft von Demokratie und Freiheit in Schleswig-Holstein abgesichert werden kann.

Der Bedarf zum Erhalt und zur Fortentwicklung ist zu ermitteln. Zwar wurde das Bereitstellen von Mitteln bereits im Haushalt 2016 von der rot-grün-blauen Koalition abgelehnt, der klare Auftrag aber bleibt. „Wir werden das weitere Verfahren aktiv begleiten. Unser Dank und unsere Anerkennung gilt den Mitgliedern des Trägervereins, die in jahrzehntelanger ehrenamtlicher Arbeit hervorragende Grundlagen geschaffen haben“, erklärte der Initiator des Antrages, CDU-Kulturexperte Peter Sönnichsen.



Peter Sönnichsen, CDU-Kulturexperte

Integrationspolitische Sprecher fordern eine Leitkultur der Grundwerte CDU/CSU tagten in Dresden

Die integrationspolitischen Sprecher von CDU und CSU haben sich auf einer Tagung in Dresden über die aktuelle Flüchtlingssituation beraten. Die Politiker aus Bund und Ländern waren sich darüber einig, dass Menschen, die zu uns kommen, die hier geltende Leitkultur der Grundwerte anzuerkennen haben. Die freiheitlich demokratischen Grundordnung, das staatliche Gewaltmonopol, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, die unbedingten Wahrung der Menschenwürde und die Freiheit des Glaubens und der Religion sind konstituierend für unsere Gesellschaft und stehen nicht zur Disposition.

Die integrationspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Astrid Damerow, stellte noch einmal heraus, dass Integration von mehreren Seiten erfolgen müsse. „Die Bereitschaft,

sich zu integrieren und die Bereitschaft zu integrieren, sind Voraussetzung für ein gutes Miteinander. Diejenigen, die zeitweise oder dauerhaft bei uns bleiben, werden wir bei ihrer Integration unterstützen. Gleichmaßen erwarten wir von ihnen, dass sie sich in unsere Gesellschaft einbringen und sagen ganz deutlich: Unsere Leitkultur ist nicht verhandelbar und Grundlage erfolgreicher Integration.“

CDU-Fraktion wünscht frohe Weihnachten und ein gutes neues Jahr Videoadventskalender auf Facebook öffnet sich noch sieben mal

Im Namen aller Abgeordneten sowie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag wünschen wir Ihnen ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest, sowie ein gutes und gesundes neues Jahr 2016.

Bei dieser Gelegenheit weisen wir auf den Videoadventskalender der Fraktion hin. Jeden Abend um 19 Uhr öffnet sich ein Türchen und ein Abgeordneter stellt seine Gedanken zum Weihnachtsfest vor. 22 Abgeordnete hat die Fraktion, so dass zusätzlich noch zwei Überraschungen dabei sein werden.

Die Videos sind – auch für Nicht-Facebook-Nutzer - unter folgendem Link angesehen werden. Wir wünschen viel Spaß.

<https://de-de.facebook.com/CDUFraktionSH/videos/1649219198631964/>

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de